

Meine Damen und Herren, bitte erheben Sie sich zu Ehren der Opfer, der Hinterbliebenen und der Verletzten für einen Moment des Gedenkens von Ihren Plätzen.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Vielen Dank.

30 Jahre später ist es daher mehr als an der Zeit, das damals unentschuldig Versäumte nachzuholen und Verantwortung zu übernehmen.

Das Land Bremen und die Bremische Bürgerschaft haben in diesem Jahr eine Initiative ergriffen, die uns hier in Nordrhein-Westfalen Vorbild und Ansporn zugleich ist. Die parlamentarische Aufarbeitung des Geschehens erfolgte dort schon zeitnah zu den Ereignissen im politischen Konsens und mit politischen Schlussfolgerungen.

In Nordrhein-Westfalen kann dieser Konsens erst jetzt, 30 Jahre später, erzielt werden.

Der damals eingesetzte Parlamentarische Untersuchungsausschuss legte nach eineinhalb Jahren seinen Abschlussbericht vor. Er enthielt viele Einzelheiten und viele Feststellungen. Das Eingeständnis eigener Schuld, eigener Fehler kam den nordrhein-westfälischen Behörden und Entscheidungsträgern damals nicht über die Lippen.

Umso dankbarer bin ich den Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen dafür, dass sie die Initiative des Ministerpräsidenten aufgegriffen haben, zu einer einvernehmlichen Einschätzung der damaligen Vorgänge gekommen sind und schließlich die nunmehr zu verabschiedende Resolution vorlegen, die laut Pressemeldungen sogar einstimmig verabschiedet werden könnte. Selbstverständlich ist dies auch heute noch nicht.

Ohne Zweifel haben wir aus Gladbeck gelernt. Das Presserecht wurde verschärft. Das Untersuchungsausschussrecht im Landtag wurde novelliert. Die einschlägigen Polizeidienstvorschriften wurden im Lichte der Geiselnahme präzisiert, die Einsatztaktiken überarbeitet und die Zuständigkeiten auch bei länderübergreifenden Fällen neu geregelt.

Lassen Sie uns heute den letzten, den wichtigsten Schritt gehen: der Opfer in Würde gedenken, als Repräsentanten dieses unseres Landes Verantwortung anerkennen und wahrnehmen sowie die Hinterbliebenen und alle weiteren Betroffenen um Vergebung bitten, soweit dies möglich ist.

Die Begriffe „Verantwortung“, „Selbstbegrenzung“ und „Würde“ geben den Rahmen vor – damals, aber erst recht heute. Das zeigt das Gefühl der Bevölkerung in Bezug auf das in Gladbeck Geschehene. Die fraktionsübergreifende Resolution bekennt sich vor

diesem Hintergrund auch zu Fehlern der Einsatzkräfte und zur Verantwortung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ich rufe alle politischen Kräfte dazu auf, Verantwortung zu übernehmen – für ihr Handeln, aber auch für ihre Worte und für den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns mit dieser Vorsicht, mit Besonnenheit und mit Verantwortung in die Tagesordnung eintreten. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe auf:

1 30 Jahre Geiselnahme von Gladbeck – Opfern und Angehörigen gedenken und sich der Verantwortung stellen

Resolution
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3582

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt der Resolution. Wer dieser Resolution zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP, AfD und die drei fraktionslosen Abgeordneten. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die **Resolution Drucksache 17/3582** einstimmig angenommen worden. – Ich danke Ihnen sehr herzlich.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe auf:

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3300

erste Lesung

Und:

Finanzplanung 2018 bis 2022

Drucksache 17/3301

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2019)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3303

erste Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2019 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2019 – GFG 2019)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3302

erste Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Nachtragshaushaltsgesetz 2018)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3400

erste Lesung

Zur Einbringung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2019, des Haushaltsbegleitgesetzes 2019, der Finanzplanung sowie des Nachtragshaushaltsgesetzes 2018 erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Lienenkämper das Wort.

Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2019 markiert einen Wendepunkt. Nordrhein-Westfalen schreibt endlich wieder schwarze Zahlen. Zum ersten Mal seit 1973 weist der Landeshaushalt in Nordrhein-Westfalen ein Überschuss auf.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Solide Finanzen bilden die Grundlage für den beginnenden Aufstieg unseres Landes.

Meine Damen und Herren, unsere Koalition aus Christdemokraten und Freien Demokraten hält Wort: keine neuen Schulden mehr. Das galt bereits für den ersten Gestaltungshaushalt 2018. Der erste Erfolg auf der Strecke war die gelungene Vollbremsung.

Der zweite Erfolg ist die Haushaltswende, die wir jetzt einleiten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bereits ab dem kommenden Jahr können wir mit höheren Überschüssen planen. Dieser Wendepunkt war der zweite Erfolg. Wir haben das Lenkrad gedreht. Wir haben die Gänge richtig eingelegt. Wir haben die Kurve bekommen. Jetzt wird langsam beschleunigt. Es bewegt sich etwas in Nordrhein-Westfalen – und es bewegt sich vieles in die richtige Richtung: raus aus der abschüssigen Talfahrt den Abhang herunter wieder aufwärts. Nordrhein-Westfalen kommt zurück nach oben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nicht ohne Grund bewerten auch unabhängige Ratingagenturen die finanzpolitischen Aussichten für unser Land erstmals seit 13 Jahren wieder besser. Dieses Land verfügt über sehr viele PS, die wir jetzt auf die Straße zurückbringen.

Der erste geplante Haushalt mit Gestaltungsspielraum setzt Anreize dafür, dass jede und jeder in Nordrhein-Westfalen aufsteigen kann – nicht ohne eigenen Fleiß und nicht ohne eigene Leistung. Wir bieten aber einen Weg für optimale Chancen. Es geht – und das ist der Kern unserer Politik in der Landesregierung – ums Zutrauen, und es geht ums Ermöglichen.

Keine Frage: Um die notwendigen Voraussetzungen für eine solche moderne soziale Marktwirtschaft zu schaffen, braucht es noch vieles. Der Reparaturbedarf in Nordrhein-Westfalen ist weiterhin groß. Wir konsolidieren, modernisieren und investieren mit dem Haushalt 2019 weiter und erwirtschaften zugleich ein Plus.

Dabei ist unsere Richtschnur eine haushaltspolitische Kultur der Verantwortung, wie es sie in Nordrhein-Westfalen in der Zeit bis 1973 schon einmal gab, als Ministerpräsident Franz Meyers harte Arbeit und Sparsamkeit zum Markenzeichen dieses Landes erhoben hat. Die Landeshaushalte spiegelten das wider. Dennoch zeigt die zeitgleiche Gründung der Universität Bochum – der Start der Bildungsexpansion –: Konsolidierung und Aufstieg schließen sich nicht aus; ganz im Gegenteil. – Genau daran sollten wir uns erinnern.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Gerade jetzt, wo wir die Haushaltswende geschafft haben, gilt: Wir müssen uns darauf konzentrieren, was notwendig ist, und sollten nicht den Fehler machen, die Staatsquote zu steigern.

Deshalb prüfen wir die Beteiligungen des Landes nach klaren Kriterien, deshalb setzen wir auf den Systemwechsel im Immobilienmanagement des Landes, und deshalb konsolidieren auch weiter. Nach 131 Millionen Euro im Jahr 2018 werden im kommenden Jahr 2019 insgesamt 185 Millionen Euro weniger